

Kulturpolitik im Welte(n)Wandel –
Zusammenhalt und Teilhabe in einer vielfältigen Welt

20. – 21. April 2018 – Haus 1
Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

LAB 3

Im Welt(en)Wandel: Wie politisch darf/sollte Kunst sein?

20.04.2018, 15.45 – 17.15 Uhr

Gesprächspartner_innen:

- **Yevgenia Belorusets**, Fotografin, Aktivistin und Autorin, ehem. Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung
- **Dr. Stefan Bläske**, Chefdramaturg am Theater NTGent, International Institute of Political Murder (IIPM)
- **MD (Ministerialdirektor) Dr. Andreas Görgen**, Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung des Auswärtigen Amtes
- **Moritz Rinke**, Dramatiker und Schriftsteller

Moderation: **Kristina Volke**, Kunst- und Kulturwissenschaftlerin

Das LAB 3 befasste sich mit der zentralen Frage, wie politisch Kunst sein darf und sein sollte. Die Moderatorin **Kristina Volke** führte unter Bezugnahme auf die Eröffnungsdiskussion in die Thematik ein und zählte dabei mehrere aktuelle öffentliche Debatten zum Thema Kunst und Politik auf. Dazu zählten etwa die auch von verschiedenen Kulturschaffenden unterzeichnete flüchtlingskritische „Gemeinsame Erklärung 2018“, die u.a. von Durs Grünbein in Auseinandersetzung mit seinem Schriftstellerkollegen Uwe Tellkamp als islamophob und Pegida-nah kritisiert wurde, sowie den Streit um die Verleihung des Musikpreises Echo an zwei Rapper, deren Texte als antisemitisch und sexistisch kritisiert werden. Sie stellte zunächst die Künstlerin und ehemalige Stipendiatin der FES **Yevgenia Belorusets** vor, deren Ausstellung mit Fotografien aus der Ukraine während der Tagung gezeigt wurde. Als wesentlichen Inhalt ihrer künstlerischen Arbeit will sie die Veränderungen in der Bedeutung des Alltags durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen sichtbar machen. So werde die harte, vermeintlich monotone Arbeit in ostukrainischen Bergwerken im Angesicht des dortigen militärischen Konflikts und der ständigen Unsicherheit zu einem Anker der Stabilität für die auf ihren Fotos porträtierten Menschen, die die Künstlerin als Teil ihres Projekts sieht. Eine weitere politische Dimension erhalte ihre Kunst dadurch, dass es ihr erst durch Ausstellungen in Westeuropa überhaupt gelungen sei, ihre Werke auch in der Ukraine auszustellen. Kritische Künstler_innen seien dort regelmäßig der Gewalt rechter Gruppen ausgesetzt und unter dem Vorwand des Schutzes vor eben dieser von staatlichen Repressionen betroffen. Um die Nutzbarmachung künstlerischer Freiräume für politische Aktionen

geht es auch dem Dramaturgen **Dr. Stefan Bläske**, der am belgischen Theater NTGent und für die von Milo Rau gegründete Theaterproduktionsgesellschaft International Institute of Political Murder (IIPM) arbeitet. Er beschreibt Milo Raus Projekte, wie „Die Moskauer Prozesse“, das gerade auch im Kino laufende „Das Kongo Tribunal“ oder die in der Berliner Schaubühne aufgeführte „General Assembly“ als Möglichkeit, um Themen zu setzen, Problembewusstsein zu schaffen und Lösungsmöglichkeiten vorzustellen. Zwar werden sie ‚nur‘ im geschützten Raum der Kunst und des Theaters durchgeführt, aber sie eröffneten symbolische Räume und zeigten Handlungsmöglichkeiten auf; sie entwerfen Utopien und machen Mut zu deren realer Umsetzung. Durch die damit ausgelösten medialen Debatten sowie durch das Involvieren von real Betroffenen, Aktivist_innen, Anwält_innen, Politiker_innen usw. gehe er davon aus, dass diese durchaus Einfluss auf reale Politik haben könnten, sodass im Ergebnis Künstler_innen zu politisch Aktiven würden.

Die Bedeutung solcher künstlerischen Freiräume griff auch der Leiter der Kultur- und Kommunikationsabteilung im Auswärtigen Amt, **Dr. Andreas Görge**, auf. Es sei das ausdrückliche Ziel seiner Arbeit, das damit verbundene Verständnis der Rolle von Kultur in der Gesellschaft in anderen Staaten zu zeigen. Er unterstrich die gesellschaftliche Relevanz von Kunst und Kultur. Selbst dann, wenn diese vermeintlich einen rein ästhetischen Anspruch habe, besitze dieser Freiraum immer auch politische Implikationen. Einen Nachteil seiner Arbeit sieht er im unvermeidlichen (national-)staatlichen Hintergrund der Institutionen, mit denen das Auswärtige Amt zu meist zusammenarbeitet, und der Tatsache,

dass autoritäre Staaten die notwendigen künstlerischen Spielräume einschränkten. Darauf beziehend berichtete der Romanautor und Dramatiker **Moritz Rinke** von seinen Erfahrungen bei Theateraufführungen in verschiedenen Ländern, etwa mit dem Berliner Ensemble in der Türkei. Ein und dasselbe Stück könne eine gänzlich neue Bedeutung erfahren, wenn es in einen anderen gesellschaftlichen Kontext exportiert werde. Er kritisierte in diesem Zusammenhang, dass die Kunst hierzulande ob der großen Freiheiten, die sie genieße, oft frei und beziehungslos sei. Die Darstellung von Radikalität würde dabei in Deutschland beinahe zu einer Modeerscheinung geraten.

Die Moderatorin lenkte daraufhin die Diskussion auf aktuelle kulturpolitische Fragen, wie die Diskussion um die „Echo“-Verleihung und verband damit die Frage, wie weit Kunst gehen dürfe und wo ihre Grenzen lägen, ob ihre Freiheit womöglich bedroht sei. Aus dem Publikum wurde die Frage geäußert, ob die Kunst von der Politik offen gelassene Leerstellen füllen könne und solle. Mit anderen Worten, Fragen beantworten solle, auf die die Politik keine Antwort (mehr) habe. Für Rinke habe sich Kunst innerhalb eines Wertekanons zu bewegen, die Auswahl der Echo-Jury deshalb für ihn nicht nachvollziehbar, sehr wohl aber die Entscheidung verschiedener Künstler_innen, ihre Preise zurückzugeben. Er stimmte zu, dass eine gewisse Leerstelle entstanden sei, sodass sich viele Kulturschaffende heute in viel größerem Umfang auch politisch zu Wort meldeten als noch vor einigen Jahren. Bei der „Gemeinsamen Erklärung 2018“ handele es sich aber keineswegs um Kunst, sondern u.a. um Künstler_innen, die sich als Bürger_innen politisch äußerten. Unabhängig davon sehe er durchaus einen Unterschied

zwischen Politik und Kunst, da erstere mit ganz anderen Instrumenten und Methoden arbeite als Letztere. Es gebe letztlich einen Unterschied zwischen der Rolle von Künstler_innen und der von politischen Aktivist_innen. Bläske führte aus, dass Theaterarbeit für ihn immer auch politisch sei, selbst wenn die Stücke keine explizit politischen Themen behandelten. Als öffentlich geförderte Kulturinstitution setze man schließlich Themen auf die Agenda und produziere und reproduziere bestimmte Bilder und Vorstellungen von dem, was „kulturelle Identität“ ausmacht.

Ein wichtiges Thema dabei sei etwa die Repräsentation gesellschaftlicher Diversität innerhalb des Theaters, auf und hinter der Bühne. Herr Görge fügte der Diskussion um die „Echo“-Verleihung hinzu, dass es hier nicht um die Freiheit von Kunst gehe, da niemand das Recht auf Veröffentlichung der umstrittenen Liedtexte in Frage stelle. Allerdings sei es ein Skandal, dass ein im Rahmen des Kulturkorporatismus so bedeutsamer Verband, wie der den „Echo“-verleihende Bundesverband Musikindustrie, ausgerechnet an die betreffenden Rapper Kollegah und Farid Bang einen Preis verleihe.¹ Vor allem die Themen Diversität und Internationalisierung seien angesichts der auch von ihm diagnostizierten Leerstellen zentrale Herausforderungen für die Zukunft in der Kulturpolitik. Belorusets fügte hinzu, dass Künstler_innen ihrer Auffassung nach grundsätzlich mit einer künstlerischen Motivation an ihre Arbeit herangingen; dabei aber, wie sie selbst in der Ukraine erlebt habe, schnell zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen

¹ Am 25. April 2018 gab der Bundesverband Musikindustrie bekannt, den Musikpreis „Echo“ künftig nicht mehr verleihen zu wollen und kündigte einen „Neuanfang für den Deutschen Musikpreis“ an [Anmerkung der Redaktion].

werden könnten. Sie sehe es nichtsdestotrotz als eine wichtige Aufgabe von Kunst, gesellschaftliche Probleme zu thematisieren, zu informieren und verborgene Dinge sichtbar zu machen.

Angesprochen auf konkrete (kulturpolitische) Forderungen brachte Bläske die Idee ein, einen Fonds einzurichten, mit dem die Übersetzung und Übertitelung von Inszenierungen in andere Sprachen finanziert werden könnte. Interessant und diskussionswürdig fände er die Idee, etwa an der Berliner Volksbühne, Künstler_innen aus Osteuropa und Russland Räume zu bieten, die diese aus politischen Gründen dort nicht mehr erhielten. Auch die Unterstützung von geflüchteten Künstler_innen aus anderen Ländern der Welt befürwortete er. Zentrale Herausforderungen für das Theater der Zukunft seien für Bläske insbeson-

dere die inhaltliche Auseinandersetzung mit Fragen lokaler Identität, mit globaler Ungerechtigkeit und Umweltverschmutzung. Systemisch sollten die Fragen nach einer Diversifizierung und Internationalisierung des Theaters gesprochen werden. Rinke bezog die Position, dass sich die Kunst in Deutschland grundsätzlich in einer sehr guten Lage befände ob der großzügigen Subventionen, die ihr staatlicherseits zukämen. Diese Sichtweise wurde allerdings aus dem Publikum unter Verweis auf die oft schwierige finanzielle Situation und die prekären Lebensverhältnisse freier Künstler_innen in Frage gestellt. Görgen erinnerte abschließend an den Schriftsteller und „Vater der Künstlersozialversicherung“ Dieter Lattmann, der kurz vor Beginn der Tagung am 17. April 2018 verstorben war.

Impressum

Herausgeber

Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17 ◦ 10785 Berlin

Verantwortlich

Franziska Richter

Kontakt

franziska.richter@fes.de

© 2018 Forum Berlin ◦ Friedrich-Ebert-Stiftung

** Der Inhalt des Beitrages enthält Meinungen der Redner_innen der 6. Kulturpolitischen Jahrestagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Diese sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der FES.*